

Schuhmacher-Fachblatt

Organ des Centralverbandes der Schuhmacher Deutschlands und Publikationsorgan der Central-Frankei- und Sterbekasse der Schuhmacher und verwandten Berufsgenossen

Fr. 28 Erscheint jeden Sonntag.
Abonnementsspreis: Wk. 1,— für das Vierteljahr.
Zu beziehen durch alle Postanstalten.

Gotha, 13. Juli 1919

3.-rechte Kosten 50 Pf. das einspaltige Petitpapier.
Bei Wiederholungen Rabatt. — Stellen
vermittlungs-Gesellschaft für Mitglieder 10 Pf.

33. Jahr

ebige Auflage des Schuhmacher-Fachblattes 77000

Um 10. Gewerkschaftskonf.

Der große prächtige Saal des Industrie- und Kulturbundes an der Promenade Nürnberg reichte gerade hin für 650 Delegierte zu fassen und bot die Versammlung ein wissenschaftliches Vertrichtung der Arbeiter Deutschland imponierenden Ausblick. Wir behaupten sicher nicht, wenn wir sagen, daß die ganze denkende Welt in Deutschland ihre Augen auf diesen Kongreß gerichtet hat. Hier Millionen organisierter Arbeiter sind ein zu machen.

Faktor im wirtschaftlichen und politischen Leben, also nicht jeder ernsthafte Politiker diesen Faktor in allen Erwägungen beachte. Diese Bedeutung kann durchaus ausdrückt, als bei Ausbruch des Krieges diese Gewerke durch die Generalversammlung sich auf die Seite Regierung stellte und deren Kriegspolitik unterstützte. Aufkl. im Frieden darüber war allerdings

Zubel im Kriegslager darüber war allgemein und in den Reihen der Arbeiter war die Stimmung unruhiger.

Und dann im Verlaufe des Krieges die Generaldelegation
angefriedet mit dem Untergangsergebnis abschloß, zu-
wendung von Kriegsaufliepen ermunterte, den Anschluß an
die Bündnispartei empfahl, für die Ludendorff-Spende
und anderes mehr, wurde die Opposition in den
Gemeinschaften lebendig und nahm größere Dimensionen.
Nach Meinung weiter Kreise die Generaldelegation
die Revolution eine sehr einseitige Stellung nahm. Auch
ist die Meinung vor, daß die Generaldelegation sich
nur ganz revolutionäre Haltung vermissen kann, und
dann eine feindlich Gesinnung gegen diese offensichtlich
im Umstand führte schon zu heftigen Auseinandersetzungen
zur inneren Gemeinschaften.

Der Gewerkschaften.
Es war deshalb ganz natürlich, daß man den Debatten
im Gewerkschaftskongress mit großer Spannung ent-
nahm. Vor allem waren und sind es die Arbeitersfeinde,
die der Differenz ein Auseinanderfallen des Kolos-
sen und missachten.

die sind nicht auf Ihre Rechnung gekommen. Wohl die Debatten scharf, aber sachlich geführt, und felsiger der Position erklärt, daß Ihnen jede Absicht Spaltung fernliege. Der Kardinalpunkt der Debatten im Rechenschaftsbericht der Generalkommission dreht sich um den Antrag, der Generalkommission für ihre Tätigkeit während der letzten fünf Jahre ein Vertrauensvotum zu geben. Diese Antragsteller fühlen sich so sicher!

Position, daß sie vermuteten, die Opposition werbendes Niederlage erleiden, dann es wooten die Reichstagsbeamten außerordentlich stark vertreten. Wenn erreicht das Verteidigungsbolz nur die 170 Stimmen, die Verfeigter des Volks um 170 stimmenhaltung.

ist ja zwar immerhin eine erträgliche Zahl für den
Mindestvotum, aber die Opposition mit ihren 179 Stimmen
1 1/4 Millionen Mitglieder hinter sich hat, wird die
Abstimmung sicher zu beenden geben, daß der von mir
vorgesehene Weg nicht zum Rufen der Gewerkschaften führt.
Würde die Abstimmung durch die Mitglieder voege-
nommen, so fand wir sicher, daß die Majorität sich für d
Vorstand entsäte.

Delegierten der einzelnen Organisationen stimmt
igt: Von den Bäckern stimmt deren Vorstand

bei den Bergarbeitern sind es 8 mit nein, 36 mit ja.
Herr, Buchbindet, Buchbinder, Buchdruckereihilf-
z. Büromaschinenfirma, Schriftsetzer, Nachsichter, Griffeur

**Vertragsangestellte, Chorjäger, Gutsbediente, Gruben-
hauptangestellte, Hutmacher, Landarbeiter, Ritter,
Schiffsgärtner, Steinarbeiter, Steinschlosser, Tap-**

Ministern geschlossen mit ja für das Vertrauenstheus
Abenbnerdelegation für sehr gespalten, 15 ja und 1
Nein 55. Gegen die Abenberdelegation 15 ja und 1
Nein 55.

von 65 Fabrikarbeiterdelegierten stimmen 17 mit nein, die Generalkommission und 28 mit ja für das Verbot. Von 8 Gewerkschaften stimmen 4 mit ja.

mit nein. Die Gemeindearbeiter treten in ihrer Freizeit für die Politik der Generalsozialistischen Partei ein.

142 24 ja gegen 7 nein. Bei den Handlungsbefehl
143 Nein 12, ja 15, mit nein, 11 mit ja. Von den

Dolzarbeitern stimmt nur Siegle-Berlin mit nein. Von den Malern stimmen 5 mit ja und 2 mit nein, von den Maschinenbauern 6 ja und 2 nein. Bei den Metallarbeitern stimmen 8 Delegierte mit nein und 8 mit ja. Bei den Schuhmachern ist es ebenso: 8 nein, 5 ja. Von den Schneidern stimmen 11 mit ja, 4 mit nein. Von den Tabakarbeitern stimmt nur 1 mit nein; bei den Textilarbeitern stimmen 16 gegen und 14 für das Vertrauensvotum; bei den Kanalportarbeitern nur 2 gegen und 38 für, bei den Zimmerleuten 18 für und 2 gegen den Antrag.

Wir bringen hier die Referate der zwei Ressorten 2 gegen und 8 ja auszugreifen.

Der Vorsitzende der Generalkommission legt ein erstattet dann den

Röschenthalbericht der Generalkommission. Wer die Tätigkeit der Generalkommission von den politischen Verhältnissen auf beurteilt, wie sich diese seit der Revolution ergeben hat, der kann zu der Überzeugung kommen, daß sie nicht richtig war. Wer sie aber betrachtet von dem Gesichtspunkte aus, daß die Beschlüsse der Generalkommission von anderer Machtposition aus gesetzt werden sind, der wird zur Überzeugung kommen, daß die Generalkommission tat, was sie im Interesse der Arbeitsschaft tun mußte. Mancher, der jetzt gegen die Generalkommission Vorwürfe erhebt, der hat vor der Revolution nicht mit der Rücksichtlosigkeit wie die Generalkommission die Interessen der Arbeiter vertreten. (Gege richtig) Der Ausbruch des Krieges hatten wir dafür Sorge zu tragen, daß die Gewerkschaften vor dem Zusammenbruch geschützt werden. Von unseren Kritikern wird aber gesagt, die illegitime Vorstandskonferenz habe nur den Stand gehabt, Regierung zu unterliefern. Wenn von einer Politik der Generalkommission gesprochen werden kann, dann liegt die Auseinandersetzung der Arbeiterschaft zu rüthen. Die Generalkommission hat kein Gesetz, das gegen die Interessen der Arbeiter war, vorübergehen lassen, ohne dagegen zu protestieren. Von diesem Gesichtspunkte gingen wir aus bei unserer Stellungnahme zu dem Streitfall von Nossle. Wir haben die Pflicht, und gegen Fehler auch eine sozialistische Regierung zu wenden. Der Antrag soll kein Mitherausvotum gegen die Regierung sein, wie verkehrt ganz ist, daß die Regierung alles tun muß, um das äußerste Glück vom Volke fernzuhalten. Die verlangen aber, daß durch die Revolution geschaffenes Rechte der Arbeiter anerkannt werden.

In der ersten Kriegszeit war fast die ganze Arbeitsschaft einig, daß die Landesverteidigung selbstverantwortlich ist. Die Generalkommision hat sich nicht in einem Beschuß für die Landesverteidigung ausgesprochen, ihre Handlungswillen war allerdings so, daß man sagen kann, sie steht im Bogen der Landesverteidigung. Räumen wir es vor, antworten, daß unsere Pflichtgenossen wehlos den Gegner überlassen bleiben sollten? Durften wir unser Land weiter machen? Hatten wir das Recht, uns starken Land verteidigt zu lassen? Nur wenigen, der wünschte, daß unser Land in die Lage kommt, in der es jetzt ist, kann unschuldig kritisieren. Ein großer Tell derjenigen, die sagten, die Generalkommision hätte den Kapitalisten geholfen, die in diesem Berat der Arbeiterschaft sprechen, sind es, die durch ihre Indifferenz das Kapital gestärkt haben. (Gefahrlos Zustimmung.) Mit dem Parteistreich haben wir uns beschäftigt, als der Staat in die Gewerkschaftshäuser hineingetragen worden ist. Da leisteten wir Widerstand. Wir wandten und dagegen, die gewerkschaftliche Organisation in den Dienst der Parteiopposition zu stellen. Man alte verdiente Gewerkschafter gemacht und an in Stelle unabhängige Sozialdemokraten gestellt. Es ist trauriges Kapital unserer gewerkschaftlichen Organisation diese Negierung von Gewerkschaftsbeamten. Wenn früher der Unternehmer jemand maßregeln wegen seiner politischen Überzeugung, dann stand die ganze Arbeiterschaft hinter dem Gewerkschaften. Wir müssen und schämen, daß Arbeiter gibt, die andere Arbeiter maßregeln. (Gefahrlos Zustimmung.) Wir müssen uns schämen, daß Zehntausende unserer Mitglieder diesen Maßregelungen zustimmen! Es geschieht, nachdem durch die Revolution das Recht

freien Reinigungsäußerung gefahrt ist. Wenn ein Unternehmer einen Urheber mehrregt, tat er das nicht von dem Gesichtspunkte aus: Doch Platz, doch ich mich segne (Lebh. Beifall). Diese Menschen werden nicht erschreckt weil sie ihre Pflicht nicht erfüllten, sondern weil ihre politische Meinung nicht richtig ist.

Legien ging dann auf die Beschlüsse ein, die Gewerkschaftsversammlungen bisher gegen die Generalausschiffung gefestigt haben. Er sagte, es würden vielleicht Leute über die Generalausschiffung urteilen, die noch nie in der Gewerkschaft sind und die Generalausschiffung kaum kennen. Legien gläuberte besonders eine Resolution des Berliner Metallarbeiter, die ausdrücklich, daß neben Lubendorff und Genossen die Generalausschiffung an dem ungünstigsten Standpunkt schuld sei und darum zur Rechenschaft gezogen werden müsse. Legien sagte dazu, das Unglück des deutschen Volkes ist nicht hervorgerufen worden durch die Politik der Generalausschiffung, sondern durch die Politik der Gewerkschaften, die die deutsche Wirtschaft geplündert haben. (Großer Applaus.) Die Widerstandsfähigkeit des deutschen Arbeiterschaffens ist durch diese Ausmigrierung gebrochen worden. Die Angst, gegen die Generalausschiffung sind rein politischer Natur, das beweist auch die Einladung zu der Zusammenkunft der Opposition zu einer Verteilungsfeier an den Kongress, wozu die Mitglieder der U. S. P. und der R. D. O. ebenfalls eingeladen wurden. Weit wie nicht bis Politik der U. S. P. verfolgt, deshalb sollen wir zur Bestrafung herangezogen werden. (Sehr richtig!) So war die Generalausschiffung und die der Vorstandskonferenz ferner auch Mitglieder der U. S. P. und wir haben immer gemeinsam zusammengearbeitet. Alle aller Ehrlichkeit haben wir unzählige verschiedenen Meinungen ausgetragen. Der Weg aber, der hier eingeschlagen wird, führt zur Trennung, dann schreibt man gegennehmen. Es ist das tragische Schicksal der deutschen Sozialdemokratie, daß sie in dem Augendek, in dem sie die politische Macht erhielt, diese nicht ausüben konnte, weil sie gerissen waren. Wie werden mit allen Mitteln gegen die Sonderabstimmungen und Zersplitterungsversuche vorgehen. (Große Lauer.) Wie auch das Urteil gegen uns ausfallen mag, kein Berufsteller kannen Sie und nicht denken, daß wir immer alles getan haben im Interesse des deutschen Arbeiterschaffens, daß wir die Sache der deutschen Gewerkschaften gewahrt haben. (Gefeiertes Rausch.)

Mit derselben Redegatt entfällt das Wert der Redensart
des Propositum.

Ob ja un - Faustwet a. M.: Wenn wir die Möglichkeit der Generalkommunikation einer kritischen Nachprüfung unterstellen, dann ist es der Geist, der in der Generalkommunikation herrscht, den wir unter die Lupe nehmen wollen. Wie kommen wir zu der Kritik an der Generalkommunikation nicht von unserem Parteipunktstand aus. Wir haben als Geschäftsführer die Pflicht, die Täglichkeit der Generalkommunikation während der Kriegszeit zu prüfen. Die Generalkommunikation selbst hat ihrer Politik den Partystempel aufgegeben. (Geht richtig!) Nun will sie allerdings von der in Wiesbaden getroffenen Vereinbarung mit der sozialdemokratischen Partei bei zurücktreten und mit Vereinbarungen abheben, also wieder eine einheitliche sozialdemokratische Partei vorhanden. Redner erkennt an die Gefährdung der internationalen sozialistischen Kongresse, die anders aussiehen würden, als die Politik des 4. August, wo es geheißen habe recht scharf marsch. (Geht richtig!) Das war anders als das Quatsch herabredigten fünf Jahre hindurch. Wenn Opfer gebraucht werden sollten, dann nicht als die kapitalistische Gesellschaft sondern für das Proletariat. Die Generalkommunikation hätte das verhindern sollen, was wie die internationale Sozialistenschaft beschlossen haben. Ohmann gibt eine Reihe von Artikeln im Korrespondenzblatt. Aus vore Auftauch des Krieges reitete das Korrespondenzblatt noch anders über die Kriegsbezüge. Der 4. August brachte die Wandlung des Maßstabs kaum wurde eingestellt, die Regierung hatte keinen treueren Bundesgenossen an der Seite, als die Gewerkschaften. Und in der belgischen Frage ist das Korrespondenzblatt umfallen. In demselben Augenblick, als die Generalkommunikation dem deutschen Volke das Durchhalten predigte, waren andere am Werk, den deutschen Volle das Demot über die Ohren zu ziehen. Das Lebensmittelwesen kam gar höchst

Wölfe. Die Politik des Generalausschusses ist mit Schuld an dem Kriege, in dem der kranke Fall gehe ist (Aus-
stimmung und Widerstreit). Wenn von Aus-
schließung gesprochen wird, wer trifft dann die Schuld
daran? Glauben Sie, m't der Hobegger jang und wenden
der Gedanken freien zu können? Die Sichtweise der Ge-
werkschaften gab das Regierung, die Stütze zu ihrer Politik.
Auf dem Proletariat ruhten nur Lüste und Spur, von
Rechte war keine Spur. Die Generalausschissen trat ein
in den Krieg für Freiheit und Vaterland. Man war ver-
sucht und leusen, die während des Krieges die Annexion-
politik auf ihre Seite gefreiteten hatten. Die General-
ausschissen trat ein für die Kubaneroffensive, obwohl das
Volk schon domäne erkannte, daß Eisenendorff der größte
Menschenfeind war. Man hat den Eisenbahnern das
Gerechtstell verfolgt. Auf dem Post-Eisenbahn zu dem Eisen-
bahnerkrieg weigerte sich die reaktionäre. Gelt, wie aus der
damaligen Zeit. Wo waren auch die Vertreter des General-
ausschissen, als unsere Leute ins Gefecht g'worfent wurd-
en? Man hat die Gründung der U. S. P. zu ignorieren
versucht. Es wird aber die Zeit kommen, in der die große
Mehrzahl der organisierten Arbeiterschaft ariegungs anders
verant sein wird als in der U. S. P. (Starter Besitz
und Widerstreit). Wir verurtheilen die Kriegspolitik der
Gewerkschaften ausschlossen. Die Kriegspolitik hat ihre
folgerichtige Fortsetzung auch nach der Revolution erfahren.
Wir verfüren auch jetzt keinen revolutionären Geist in der
Generalausschissen. Wir verlangen auch nach dem Krieg
eine andere Politik der Generalausschissen, die Politik, die
getragen ist von dem Gedanken, daß die Gewerkschaften ein
revolutionäres Instrument des Proletariats sind. Die Schuld
an den jetzigen Zuständen haben diejenigen, die Deutschland
in den Krieg hingeführt haben, und nicht die Arbeiterschaft.
Wenn Sie heute über der Generalausschissen ein Vertrauen-
votum erstellen, dann sagen wir von der Opposition, die
Generalausschissen hat durch ihre Handlungen unter Ver-
brauen verloren. Wie werden zurück, wenn Sie sagen, daß
wie die Gewerkschaften verschuldeten wollten. Ich erkläre,
wie von der Opposition sieben so lange in der Gewerkschafts-
bewegung, als daß wir auch nur den Gedanken haben wür-
ten, die Gewerkschaften zu zerreißen. Wir bleiben in den
Gewerkschaften, wir werden es in den Gewerkschaften dahin
bringen, daß an Stelle des bürokratischen, verknöierten
Geistes der alte revolutionäre Geist kommt. Das werden
wir durchführen mit Hilfe der Masse der Arbeiter. (Stim-
mischer Besitz)
Götzen-Mader schick sich an, endgültig seinen Slogan an

Diesem Referat schloß sich ergänzend Kollege Simon an.
(Punkt 884 der T.-O. wurde zusammen verbunden
dokumentiert.) Auch diese Referate schließen wie auszug-
wähle an.

Die Richtlinien für die künftige Wirksamkeit der Gewerkschaften und die Bestimmungen über die Aufgaben der Betriebsräte

Heltart-Berüt: Das Programm lautete bisher kurz und knapp. Verherrlichungen der Lohn- und Arbeitsbedingungen, Hebung der geistigen und materiellen Lage der Arbeiter. Wir wollen auch heute kein eigenständiges Programm aufstellen, ich will nur Richtlinien geben. Nach der Revolution glaubten manche, die Gewerkschaften seien jetzt überflüssig geworden, die Arbeitersklasse habe jetzt schon alle Macht in Händen. Sie vergaßen die Lehre, daß die Entwicklung der Demokratie die erste Voraussetzung für die Durchführung des Sozialismus ist. Heute ist eine gewisse Ernüchterung in den Kreisen dieser alten Hoffnungsträger eingetreten. Man ist unzufrieden mit den geringen positiven Erfolgen der Revolution. Die politische Demokratie ist erst im Teil durchgeführt. Die schweren Folgen des Krieges, aber auch die Zerstörung der Arbeitersklasse haben schuld daran. Wir, die Gewerkschaften, müssen dazu diese Klasse zu überbrücken. Auch wir sind mit dem Großteil nicht zufrieden. Die Revolution muß fortgesetzt werden. Die Demokratie muss kräftig durchgeführt werden im Gesetzgebungs- und in der Verwaltung. Diese Entwicklung muß nicht nur in den Rahmen der Revolution, sondern auch — wenigstens ist das meine Meinung — auf dem Wege der Revolution weitergehen. Und zwar mit aller Kraft! Nicht nur die sozialistischen Parteien haben die Revolution vorbereitet, sondern auch die Gewerkschaften. Unsere Arbeit war siedig und ist heute noch Klopfenkampf und nichts anderes. Wir sind von Erfolg zu Erfolg geschritten. Vor Ausbruch der Revolution waren wir daran, eine Arbeitsgemeinschaft mit den Unternehmern zu bilden. Als die Revolution ausgebrochen war, hielten wir andere Forderungen als zuvor, darunter die Durchführung des Abiturstages. Am 12. November kam dann eine Verhängnisung zu stande, in der unsere Forderungen Rechnung getragen worden ist. So haben wir uns bei der Revolution ausschließen lassen! Wer hätte gedacht, daß es dem Einfluß der Gewerkschaften gelingen würde, die Unternehmer so schnell zur Durchführung des Abiturstages zu bringen! Erst als diese Forderung erfüllt war, sind wir auf die Arbeitsgemeinschaft zurückgetreten. Heute die Frage der Arbeitersklasse hat es bei uns keine Einwendungen gegeben. Der Schatzmeister der Staatsbank ist ja nicht mehr an der Spitze.

Das Gedanke der Betriebsräte ist ja nicht neu, er ist so alt, wie wir Gemeinschaften haben. Die Betriebsvertragssouveränität haben immer die Grundlage unserer Organisation gebildet. So auch bei Verbänden sollen Betriebsräte geschaffen werden und ihre Pflichten und Rechte sind schon jetzt in den Kollektivverträgen aufzuschreiben. Wir wollen nicht warten, bis eine gelegentliche Regelung durchgesetzt wird. Ja, jeden dem Vertrag unterstehenden Betrieb mit mindestens 20 Beschäftigten ist aus den Reihen der über 18 Jahre alten Arbeitnehmer und Arbeitgeberinnen ein Betriebsrat in geheimer Wahl zu wählen. Der Betriebsrat soll das Recht haben, in allen Betriebsangelegenheiten mitzuwirken.

„Mittiges Interesse hat, wer Verständigkeit soll den Menschen
Unterstossen Sein kann, bei Bekämpfung der Weltkriegsfrage
abzuwirken, bei Schaffung von Streitigkeiten zuerst geblieben
werden u. a. m. Das soll auf dem Wege freier Verein-
bung schon jetzt durchgesetzt werden. Es brauchen nicht
die Vöte die eingerichteten durch den Parlamentarischen
gesetzest zu werden, es soll auch freie Beleidigung ver-
hindern sein.“

Die Betriebsräte sollen die Vertreter der Betriebe sein. In den Gemeindebezirken oder größeren Wirtschaftsgebieten sollen die und Urmenschen mit beruflicher Gliederung hervorgehenden Arbeiterräte neben den innerhalb der allgemeinen Wirtschaftsorganisation ihnen gesetzlich zugewiesenen Pflichten und Rechten aus die sozialen und kommunalpolitischen Aufgaben des seitlicheren örtlichen Gewerkschaftsrates übernehmen. Wir denken und die Arbeiterräte so aufgestellt, wie uns früher die Arbeitskammern vorgeschwebt haben. Außer den örtlichen Arbeiterräten sollen Arbeiterräte existieren für größere Bezirke und für das Reich auf Grund von Urmenschen nach dem Beschäftigungsmaßstab besetzen werden. Diese sollen sozialpolitische und wirtschaftspolitische Angelegenheiten als Selbstverwaltungsgremie der Volkswirtschaft (Wirtschaftskammer) behandeln, Geschäftsbüro ausarbeiten und begutachten.

Darüber hinaus können wir nicht geben, das kann nicht Aufgabe des Gewerkschaftskongresses sein. Die Aufführung eines Programms für die politische Bedeutung der Arbeiterschaft ist nicht unsere Aufgabe. (Sehr richtig!) Wie sagen wir, dass sie bei der gesamten Regelung der Produktion mitwirken sollen. Alle, die guten Willens sind, sollen dabei mitarbeiten, auch die Kräfte des Betriebsleiter sollen herangezogen werden. Soll die Sozialisierung durchgeführt werden, können dieses die Arbeiter nicht allein machen. Die Gewerkschaften können nicht selbst Träger der Produktion sein, als welche die Wirtschaftskammern zu gelten haben. Sie sollen auch weiterhin die reinen Arbeiterinteressen wahrnehmen. Auch im Zeitalter des Sozialismus sind die Gewerkschaften nicht zu entbehren und müssen das Streitrecht haben. Allerdings, wir wollen keine Streitvereine sein. Das Mittel des Streits muss das letzte sein, was angewendet wird. Ich bin gegen jede Verschleppung der Sozialisierung. Auch die Gewerkschaften erblicken in der Sozialisierung im Sozialismus die höhere Form der volkswirtschaftlichen Organisation.

Die Betriebsräte werden ihre Aufgaben nicht erfüllen können, ohne Hilfe der Gewerkschaften. Dazu müssen die Gewerkschaften mit allen Kräften gestärkt werden. Wir müssen mit darten, uns bevorstehenden Wirtschaftskämpfen rechnen. Deshalb dürfen wir nicht rückwärts schauen, sondern nach vorwärts unsere Kräfte anspannen. In vielen Kreisen werden jetzt generale Tarifverhandlungen geführt. Eine Rosenarbeit steht bevor! Es muss dabei nach einheitlichen Grundsätzen, einheitlichen Schemen verfahren werden. Die gäbe und entschlossene Durchsetzung unserer Ziele, das ist die richtige, gute, fruchtbare Sozialistentätigkeit. Diese Tätigkeit auch in der Zukunft durchzuführen in Gemeinschaft mit den Betriebsräten, das muss auch die künftige Wirksamkeit der Gewerkschaften sein. (Statt. Befall.)

Das Korreferat zu diesem Punkt hält Richard Müller.
Berlin: Wir befinden uns gegenwärtig im Stadium der sozialen Revolution, die im Zeichen einer Krise steht. Überall sehen wir ein revolutionäres Drängen und Stoßen, es gärt und brodelt überall; man weiß noch nicht wie das Ende aussehen wird. Während Leipzig sprach, wußte nicht ein einziger Haushalt revolutionären Gelfses durch diese Soal. (Gelächter.) Was er sagte, hätte er auch ruhig vor der Revolution sagen können. Der Punkt Arbeitsgemeinschaften hätte mit diesem Punkt verbunden werden müssen, diese Fragen gehören zusammen. Wir müssen die gegenwärtigen wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse Deutschlands prüfen. Leipzig will kein Programm vorlegen, sondern nur Richtlinien. In der gegenwärtigen Zeit muß eine Kampforganisation ein Programm haben, das dem Proletariat den Weg zeigt. Aber nichts von alledem bei Leipzig. Deutschland gleicht heute einem Trümmerhaufen. Was ist zu tun? Wir müssen arbeiten, Werte schaffen, Arbeitsfreude und Arbeitslust müssen wieder da sein. (Geh. wade b. d. Meiboh.) Sie rufen sehr wahre Wörter, wenn wir dieses aber mit dem heutigen faulenden Organismus erreichen? Diese Frage verneinen wir. Die formale Demokratie hat sich als unsfähig erwiesen. Wir halten zur Umformung des sozialen Organismus und des Wirtschaftslebens die Einführung des Rätesystems für unumgänglich. Neun Monate nach Ausbruch der Revolution haben wir diese formale Demokratie, wir sind aber dem Sozialismus keinen Schritt näher gekommen. Das Proletariat bedarf heute einer anderen Organisation. Wer sich der Entwicklung widersetzt, über den wird die Entwicklung hinwegstreifen. Wenn eine verknöcherte Gewerkschaftsbürokratie glaubt, sich gegen das Rätesystem aufzulehnen, wird sie sich gründlich täuschen. Wenn die Gewerkschaften heute mit dem Rätesystem spielen, Bettelnäste wollen, so erfolgt dieses nicht aus innerer Überzeugung, sondern weil sie durch die Tschiffchen dieser zusammenmachen.

Für uns gilt es jetzt, den Sozialismus zu verteidigen. Das Rätefeste soll nicht nur ein Werkzeug sein, den Sozialismus durchzuführen, sondern ihn dauernd zu erhalten. Zug aller verlogenen Berichte aus Russland hat sich der Gedanke des Rätefestes durchgesetzt, findet im Volke immer mehr Anhang. Wir brauchen nicht nach Russland zu blicken, um eignen Beweise seien wie, daß es vorwärts geht. Als im November die alten Gewaltsen hörungssage wurden, waren es die Räteberichte, die diese festsetzen. Da hat es sich gezeigt, welche Kraft im Proletariat schlämmt.

Gewalt war in den Händen der Arbeitnehmer, der ein Produktionsmittel wie das Verwaltungsmittel verschaffte. Aber was wir heute sehen, ist nur ein lärmästhetischer Kampf um die Macht im Unternehmen. Das Gesetz des Kapitalismus verleiht mir auch die Gewalt, die ich ausüben kann. Ich will das Kapitalismus verschärfen, der Sozialstaat der kapitalistischen Gesellschaft soll getötet werden durch Aufspaltung einer Art Sozialversicherung. Wir werden durch Sozialversicherung verantwortliche private Unternehmen, die von der Generalversammlung kontrolliert werden. Diese Unfälle werden nicht mehr kommen, als eine Illusion. Die bürgerlich-liberale Demokratie verfragt, der kapitalistische Glaube muss aufgegeben werden. Das Kapitalismus muss sich ausbreiten auf dem politischen und wirtschaftlichen Gebiet. Allerdings ist es in voller Wirkung sofort durchzuführen, es muss ein Übergangszeitraum geben. (Wah!) Die Generalversammlung ist zum Gouverneur der Reaktion, des Kapitalismus geworden. (Gehe zu und Widerspruch.)

Die Generalausschüsse wollte auch zunächst die Verträge nicht, genau so wie die Regierung. Erst die gewaltsame Generalstreikwoche zwang die Generalausschüsse und die Regierung Konzessionen im Rätestreit zu machen. Obgleich sie selber. Man hat nur den Arbeiterschaftsausschüssen anderen Namen gegeben. Was die Generalausschüsse nicht anders als die organische Fortsetzung von was das Diktatorenreges brachte. Was die Generalausschüsse in diesen Richtlinien bietet, ist weder fiktiv, es ist ein Glaubens- und auch in der revolutionären Zeit so etwas vorgelegt wird. Der Gesetzentwurf des Betriebsräte entspricht völlig den Ansichten der Generalausschüsse. Es ist ein Gesetzprojekt für die Zukunft (Gebr. richtig).

Der Redner ging hierauf auf die Arbeitsgemeinschaft ein, die er verwarf. Diese ist keine Regierungsidee, sondern der Unternehmer. Es kommt darauf wie diese die Arbeitsgemeinschaft auffassen. Die Unternehmer erblicken in den Gewerkschaften die einzigen Schutze und Hilfe gewährn können. Das ist neben den Gewerkschaften in den ersten Tagen revolutionäre Zugeständnisse machen, ist wirtschaftlich kein Sinn. Die Generalkommision unterstüzt die Wirtschaft des Wirtschaftsministeriums. Hier verabschiedet sie ihre Ansicht darüber. Wenn die Generalkommision willkürliche Wirtschaftspolitik unterstüzt — und das wäre sie die Pflicht, dem Kongress Gelegenheit zu bague Stellung zu nehmen. Die Generalkommision sich um die Frage berufen, sonst würde sie bei dieser Wirtschaftspolitik nicht gutgehen. Wer das Wirtschaftsprogramm unterstreichet, der muss auch das Streitrecht sein. Zu dem in Vorbereitung stehenden Gesetz über den Arbeitsfrieden soll ein Einvermögen sein, wenn neun Zehntel der Beschäftigten Streit sind. Das würde einen Streit für die Zukunft unmöglich machen, das Streitrecht aufheben. Das Bild, das uns die Generalkommision zeigt, ist ein in dem es keinen Elichkeit gibt. (Schriftliche Befürchtung ist Dein Programm!) Die deutsche Arbeiterschaft ist eine Politik, die zum Segelnsamus führt. Der Arbeit wird arbeiten, wenn er die Gewissheit hat, dass sozialistisches Deutschland aufgerichtet wird. Wie nicht nur herunterreihen, uns liege das Wohl und der Arbeiterschaft ebenso an bergen, wie Euch. Sagt doch was Ihr wollt! Wir verlangen die Festigung der liberalen Demokratie. Die heutige totalitäre Wirtschaftswelt kann freilich nicht von morgen in eine sozialistische durchgeführt werden (Zurufe bei der Mehrheit: Na also)

Der Redner unterstreicht jedoch eine Resolution, die Richtlinien der Generalversammlung verwerfen sich für das Pfadistum ausprägt und die vom Pfadistum in Zukunft genommene Gemeinschaftspflicht legt. Er schreibt: Machen Sie den Weg frei zur Förderung des Evangelismus! (Sehr hoher Beifall bei der

Die soziale Wohnungsbewegung Dienste der Ledigenfürsorge

Die furchtbare Menschenverrostung durch den Krieg gibt der Wohnungsfrage eine viel größere tragische Bedeutung als sie für äußerlich betrachtet erscheint. Was die Kriege für die reaktionären Parteigruppen noch als „triebene Sozialpolitik“ angesehen werden konnte, ist dem Neuaufbau unseres Volkes eine Tagesschicksalstreng ernster Bedeutung geworden. Hunderttausend Kriegsgenossen sind aus dem Felde als Kriegsverletzte zurückgekehrt. Tage kommen im weiteren die Bevölkerungskadade auf Körper und Geist bei der Bevölkerung, die durch die Kriegshypothese so groß verunsichernd agieren müssen. Eine zielgerichtete Wiederaufbau- und Wiederbesiedlungspolitik steht hier vor gewöhnlichen Aufgaben, die durch Schaffung einer neuen Generation mit allen Mitteln erreichbar kann. Und dabei wird es zu beobachten sein, dass Deutschland schon vor dem Kriege mit einem Frauendurchschnitt von 70 Jahren und 833 900 Personen betrug, so kommt jetzt noch ein nicht unbedeutlicher Teil der Männer infolge Kriegsbeschädigungen für die Ehe und Zeugung aus. Das moralische und wirtschaftliche Vertrauen fehlgefühlt wird dafür Sorge tragen, das heißt, dass eine Ehe nicht eingehen; die kommt also der Zerstörung

Bekanntmachungen des Zentralvorstandes

Wir machen unsere Mitglieder daran aufmerksam, daß sie die Werte vom 6. Juli bis 12. Juli der 28. Woche bei uns fällig ist.

Den Sitzstellen Ehrenfeldersdorf, Forst L. E., Großenhain i. S., Mügeln i. S., Planen und Weida werde auf deren Antrag die Genehmigung erteilt, vom 1. Juli ab von den Mitgliedern einen Solidarbeitrag von 10 Pf. pro Woche und Mitglied zu erheben.

Der Sitzstelle Mainz wurde genehmigt, den bisherigen Solidarbeitrag in der 1. Klasse um 5 Pf. (90 Pf.) in der 2. und 3. Klasse um 10 Pf. (90 Pf. und 110 Pf.) vom 1. Juli ab zu erhöhen.

Der Sitzstelle Friedberg in N. W. wurde genehmigt, vom 1. Juli ab von den Mitgliedern der 2. und 3. Klasse einen Solidarbeitrag von 10 Pf. zu erheben.

Den Sitzstellen Regensburg und Zwönitz wurde genehmigt, vom 1. Juli ab von den Mitgliedern einen Solidarbeitrag von 5 Pf. pro Woche und Mitglied zu erheben.

Den Sitzstellen Forst L. E., Gräfenhain i. Wettg., Gölitz i. R., Gotha, Hermsdorf, Mügeln i. S., Stollberg i. Erzg., Weida und Wieselsdorf L. B. wurde auf Antrag die Genehmigung erteilt, vom 1. Juli ab von den Mitgliedern einen Solidarbeitrag von 10 Pf. pro Woche und Mitglied zu erheben.

Hiermit wurde den Sitzstellen Bielefeld und Pforzheim genehmigt, den Solidarbeitrag vom 1. Juli ab von 5 Pf. auf 10 Pf. pro Woche und Mitglied zu erhöhen.

Den Sitzstellen Annaberg, Frankenberg L. S., Regensburg, Wilsdruff i. S., Wismar und Zwönitz i. S. wurde

genehmigt, vom 1. Juli ab von den Mitgliedern einen Solidarbeitrag von 5 Pf. pro Woche und Mitglied zu erheben.

Die Mitglieder genannter Sitzstellen machen wir darauf aufmerksam, daß die Nichtbezahlung dieser Extrasteuer die Folgen des § 9 al. a noch schärfer zieht.

Nürnberg, den 8. Juli 1919.

Der Vorstand.

Bekanntmachungen der Ortsverwaltungen

Burg. Für den Sterbefall des Kollegen Joak. Zwanziger, Berlin, ist der 18. Sterbedebeitrag fällig bezw. das 18. Geld auf das Solidarbelehrte zu leisten.

Görlitzwalde, Julius Kujas, Zunterstr. 7, 1. Bez.; Karl Gassner, Nordstr. 7, 2. Bez.; August Eidom, Schriftführer, Klausinstraße 4, Vereinslokal "Philharmonie", Schlossstraße. — Versammlungen jeden Montag nach dem 1. eines jeden Monats. — Wir bitten die Ortsverwaltungen dies im Adressenverzeichnis zu vergleichen.

Ferner ersuchen wir unsere Kolleginnen und Kollegen bis zum 20. Juli sämtliche Bücher und Karten an den 2. Bez. Gassner zwecks Kontrolle abzuliefern. Sämtliche restierenden Beiträge sind bis dahin zu begleichen.

Dößeldorf, Johann Merbeck, Dimmelgärtchen, 125 II, 1. Bez.; Valentin Seis, Nordstr. 71 III, 2. Bez.; Hugo Ritter, Villerallee 248 II, Schriftführer.

Heidelberg (Stadt), Johann Amann, 1. Bez.; Hof. Stang, 2. Bez.; Karl Städler, Schriftführer, Karl Engels und Georg Röbel, Revisor. — Unterstellung steht der 2. Bez. Hof. Stang, Lutherstr. 9 von 5—8 Uhr nachmittags aus. — Die Mitgliederversammlungen finden

jeden 1. Montag im Monat im "Gewerbeschule" (Deutsches Haus), Augustinerstraße, statt.

Diens. Kolleg. Karl Hoffmann (2. B.) wohnt jetzt in Erlangen Nr. 1, 1. Et. rechts. Amboß.

Berichtigung.

Augsburg. In dem Artikel in Nr. 26 des "blattes" über den Tarifabschluß in Augsburg hat es sich geschrieben: Es muß da heißen bei 100 Löhne für neue Herren- ob. Damenabenden genügt 19 Pf. genugst 17 Pf. in der 1. Kl. und genügt 18 Pf. genugst 16 Pf. in der 2. Kl.

Weidenburg. In dem Adressenverzeichnis mögen fehlen: 1. Bez. Mag. John, Siegelstr.; 2. Bez. Oehnig, Weinzellstraße 32.

Versammlungs-Kalender.

Altenburg. Montag, den 14. Juli, abende 14 Uhr im Gewerbeschule, Heiligstraße 4.

Konstanz. Montag, den 21. Juli, abende 1/2 Uhr im Rathaus, Helvetia, Bodanplatz.

Mittweida. Montag, den 14. Juli, abende 8 1/2 Uhr im "Rosengarten".

Straubing. Montag, den 21. Juli, abende 8 1/2 Uhr Versammlung.

Zwickau. Montag, den 19. Juli, abende 7 Uhr "Brauerschlößchen", Schloßstr. 2.

Inhalts-Verzeichnis.

Zum 10. Gewerkschaftslongen. — Die soziale Wohnung reform im Dienste der Lediglingsfürsorge. Das 14. im Arbeitsstaate. — Gewerkschaftskampf und Wissenswertes unserem Beruf. — Verbandsnachrichten. — Sammlungskalender. — Berichtigung.

2 geübte Wende

für

Florenz Klaus, Geringswalde I. 1.

Zwei tüchtige Schuhmachergebüll

zahl für Herren-Stiefel-Boden 20 Pf.

Damen - - - 25

Karl Heinrich, Schuhmachermeister, Bamberg, Rosenstraße 18 IV.

Handstanzmessen

Größe I 8,00 M. — II 7,50 M. — III 6,50 M.

Ferrari 500 Amt. Ohligs.

Theo Breuer, Wierscheid 8, Cologne.

Die Arterienverfaltung

Zähmungen, Schlagkuss, Wosen, Verbüllung und Belebung von Dr. Luba. Wertvolle Ratsholde und die Mittel zur Verhütung. Preis vor M. 1.00 per Nachnahme.

Aug. Hirsch, Verlag, Berlin-Schöneberg 17.

Die Fußbekleidungs-Zunft, Fachbuch 1. Ranges mit vielen Abbildungen. M. 14. Der moderne Lederfabrikation 4. M. Der Gehrter 12. Die Herstellung lohngaren Leders 8. Die Oberlederfabrikation 12. Das Färben lohngaren Leders 8. M. Der Handmacher als Kaufmann 7.25. Lohnbernehmer 2. Riedenpfeifer 10. per Nachnahme.

& Schwarz & Co., Verlag, Berlin-Dreieck 80.

Die Fußbekleidungs-Zunft, Fachbuch 1. Ranges mit vielen Abbildungen. M. 14. Der moderne Lederfabrikation 4. M. Der Gehrter 12. Die Herstellung lohngaren Leders 8. Die Oberlederfabrikation 12. Das Färben lohngaren Leders 8. M. Der Handmacher als Kaufmann 7.25. Lohnbernehmer 2. Riedenpfeifer 10. per Nachnahme.

& Schwarz & Co., Verlag, Berlin-Dreieck 80.

Bettlässer

Befreiung garantiert sofort durch unseren Kunden Alter und Geschlecht angeben. Auskunft umsonst durch Norra-Berand, Flügel 1. B., Sommerstr. 3.

Neuer Katalog

(ca. 170 Abbildungen) über Schuhmacher-Werkzeuge haben erschienen.

— Versand gratis und frankt.

G. Möglitz, Berlin, Lothringerstraße 12.

Nachruf!

Bei dem blutigen Völkerringen möge folgende Kollegen ihr Leben lassen:

August Schillinger

Wilh. Bühlner

Joh. Kraus

Wilh. Moser

Ein ehrliches Andenken bewahrt Ihnen
Die Kollegen der Sitzstelle Rosenthal.

6000 Sandsäcke für Schuhfutter

besonders geeignet, prima grau Leinen und andere gute Stoffe (aufgetrennt ca. 80x85 groß) pro St. M. 1.80, Musterpakete von 50 St. gegen Nachnahme

S. Lewin, Schürzenfabrik, Danzig.

Lederfett

ca. 15 000 Dosen

Marke „Tranolin“

125 Gr. Packung, auch in kleineren Mengen, sehr billig abzugeben

Carl Müller & Co., G. m. b. H., Berlin Nr. 4, Invalidenstraße 161.

Handhobel-Apparat

(D. R. G. M. 639276)

erspart Raspeln und Schaben, arbeitet so schnell wie eine Fräsmaschine. Hineinschneiden in Oberleder mit ausgeschlossen, mit Gebräuchsanweisung 2.50 M. per Nachnahme.

Schuh-Bedarfsartikel-Handlung, Nürnberg, 18 Lamars Laufgasse 18.

la Militär-Rennstrecke sehr schön design. Sort. II 260.— III. Elementebeläge für Flecke und Röder, Str. 200.— III. Rüstleder von Chemnitz und Borsig, wasbare Stücke, Str. 160.— III. Proben von 50 Pf. an per Nachnahme.

H. Hoffmann, Friedenau, Rosenthalstr. 47.

in la. Ausführung, 1. Schuhmacher bestens geeignet, sol. ab Lager lieferbar

Preise:

Wachs	1. Garnitur Stempel und Matrizen für kleine, mittlere und große Oesen 1.00	4. 6.00
	je 1. Garnitur Stempel und Matrizen für kleine und große Agraffen	6.50
	Preis der komplett. Maschine	13.00
		23.80

Kais-

straße

46.

Ferd. Hartmann, Frankfurt a. M.